des Kanzlers in Berlin natürlich nicht. Es gibt zwischen Deutschland und Oesterreich keine politischen Affären, die einer Austragung bedürften; die österreichische außenpolitische Linie liegt klar, sie wird — vielleicht mit größeren oder kleineren Schritten — aber gleichgerichtet von jeder österreichischen Regierung gegangen. Auch der jüngste Besuch in Rom hat daran nicht das Mindeste geändert, und jene Stimmen, die meinen, Oesterreich habe sich entschlossen, jetzt eine neue eigene Straße zu ziehen, irren völlig. Daß Oesterreich sich neuestens auf sich selbst besinnt, daß es wieder österreichisch zu fühlen beginnt, ändert ganz und gar nichts. Es ist ein bekanntes Familienbild: der schlechtgekleidete Bruder wird — trotz aller Zugehörigkeit — in der guten Stube mit einem Gefühl des Mißbehagens empfangen. Es weht ihm manchmal ein Atem entgegen, der ein wenig kühl zu sein scheint. Emporarbeiten, voll genommen werden, ein bißchen auf sich stolz sein können, das sind so die Wünsche, Gedanken und Gefühle des kleineren Bruders, des Oesterreichs in der letzten Zeit. Die Reise des Bundeskanzlers nach Berlin ist kein Anfang, kein Endpunkt, sie ist eine Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit.

Braun verteidigt sich

Berlin, 20. Februar.

Im Preußischen Landtag standen gestern die Mißtrauensanträge der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen gegen den Ministerpräsidenten Braun zur Debatte. Der wirtschaftsparteiliche Antrag war begründet mit der Berufung Grimmes zum Kultusminister, der Deutschnationalen mit der Zustimmung Preußens zum Polenabkommen im Reichsrat.

Ministerpräsident Braun wandte sich in der Erwiderung auf die Begründung der Mißtrauensanträge gegen die Behauptung, er habe sich bei der Umbesetzung im Kultusministerium als Werkzeug der Koalitionsparteien habe benutzen lassen. Er habe als Ministerpräsident das Recht, die Staatsminister zu ernennen. Daß er dabei den parlamentarischen Machtverhältnissen Rechnung tragen müsse, sei selbstverständlich. Minister Becker, der sich bei der Niederlegung seines Amtes den politischen Notwendigkeiten fügte, habe ihm selbst Grimme als Nachfolger vorgeschlagen, da er nach Beckers Ansicht der einzige war, den er als geeignet betrachtete, seinen Posten zu ersetzen und seine Politik fortzuführen. Zu einer Erregung der christlichen Bevölkerung liege auch nicht der geringste Anlaß vor. (Lebh. Zurufe rechts.) Die Rechte der Konfessionen seien in der Verfassung, in Verträgen und Verordnungen gewährleistet. Nach ihnen habe sich Minister Grimme zu richten. Der augenblickliche preußische Kultusminister sei ein Beweis dafür, daß man ein guter Sozialist und ein guter Christ zugleich sein könne. Anhaltende Rufe von rechts: „Exponent der S. P. D!") Die Zeiten, in denen nur ein Konservativer eine Staatsstellung erhalten konnte, seien eben endgültig vorbei. Der vom Kultusminister Grimme gebrauchte Ausdruck von dem Exponenten einer Machtgruppe sei, richtig verstanden, durchaus am Platze. Nach der republikanischen Verfassung gehe alle Staatsgewalt vom Volke aus. Der Wille des Volkes komme in den politischen Machtgruppen zum Ausdruck. Natürlich könnten die Exponenten dieser Machtgruppen, die als Staatsminister selbstverständlich im Sinne der Verfassung ihr Amt zu führen hätten, ihre politische Ueberzeugung mit der Ernennung zum Minister nicht auf einmal ablegen, sondern sie würden im Rahmen der Gesamtpolitik, die durch die Zusammensetzung des Parlaments vorgeschrieben sei, unter Beachtung seiner Auffassung die Geschäfte zu führen haben.

Der Abg. Ladendorff hat gemeint, es würden nun wohl die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen zum Stillstand kommen, nachdem ein Sozialist Kultusminister geworden sei. **Davon kann keine Rede sein.** Wenn Herr Ladendorff beklagte, daß noch immer kein Abschluß des Vertrages erfolgt sei, erinnere ich ihn daran, daß die Verhandlungen über den Abschluß des Konkordats mit der katholischen Kirche vier Jahre gedauert haben. **Die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen werden zweifellos nicht so lange dauern, weil die Vorverhandlungen mit der katholischen Kirche das ganze Gebiet etwas geklärt haben. Es wird mit Ernst und Nachdruck weiterverhandelt.**

Zu dem vom Abg. v. Winterfeldt begründeten Mißtrauensantrag übergehend erklärte der Ministerpräsident:

Preußen sei bei den Verhandlungen über das Liquidationsabkommen mit Polen nicht beteiligt gewesen. **Nach dem, was die Reichsregierung bekanntgegeben habe, sei anzunehmen, daß sie sich von dem Bestreben leiten lasse, zu einer allgemeinen Befriedung zu kommen, die die unerläßliche Voraussetzung für ein fruchtbares wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit unseren Nachbarn ist. Wir mögen die Ostgrenzen beurteilen, wie wir wollen. Ich halte sie für unnatürlich, unwirtschaftlich und ungerecht.** Sie sind aber durch die politischen Machtverhältnisse gegeben. Und der Politiker muß mit jenen Machtverhältnissen rechnen. Deshalb verstehe ich auch, daß die Reichsregierung ein friedliches Verhältnis mit unserem polnischen Nachbarn erstrebt. **Die preußische Staatsregierung hatte erhebliche Bedenken gegen den Inhalt des polnischen Liquidationsabkommens. Und sie war geneigt, sich gegenüber diesem Abkommen völlig ablehnend zu verhalten. Wir haben sodann eingehende gemeinsame Beratungen mit dem Reichskabinett gehabt und uns dabei doch davon überzeugt, daß es im Interesse des Reichs und vor allem auch der Deutschen jenseits der Grenze besser wäre, wenn man diesem Abkommen zustimmt. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, für alle weiteren Ansprüche, die evtl. von Dritten gegen Preußen aus dem Abkommen geltend gemacht würden, einzutreten, und ferner eine demnächstige Regelung für die Abgeltung des Ersatzes des Preußen entgangenen Staatsvermögens in Aussicht gestellt.** Uebrigens habe nicht ich als „Diktator" sondern hat das gesamte preußische Kabinett diese Entscheidung getroffen und ist bereit, mit seiner Verantwortung dafür einzustehen.

Annahme des Reichsbankgesetzes

Berlin, 20. Februar. **Die vereinigten Reichstagsausschüsse nahmen am Mittwoch das Reichsbankgesetz unter Zurückstellung der Entscheidung über die Lombardfähigkeit der kommunalen Schuldverschreibungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Christlichnationalen und Kommunisten an.**

Dann wurde das Reichsbahngesetz weiter beraten. Alle Parteien traten für einen verstärkten Einfluß des Reiches auf die Reichsbahngesellschaft ein, namentlich auch in den Personalfragen. Die Weiterberatung dieses Gegenstandes wurde auf Freitag vertagt. Am Donnerstag wird eine große politische Aussprache stattfinden, die sich besonders mit der Sanktionsklausel befaßt. Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich wieder vertraulich geführt werden.

Chautemps beauftragt

Er wird versuchen, ein Konzentrationskabinett der Mitte zu bilden

Schlechte Aussichten

Paris, 20. Februar. (Drahtbericht.)

Der Fraktionsvorsitzende der Radikalen, Chautemps, sprach heute vormittag 9.45 Uhr im Elysee vor und erklärte sich nach einer Unterredung mit dem Präsidenten bereit, den Auftrag zur Kabinettsbildung, vorbehaltlich einer endgültigen Antwort bis heute abend, anzunehmen.

*

Ueber die Erfolgsaussichten des radikalen Fraktionsführers Chautemps äußert sich „Journal" folgendermaßen: **Die bei der gegenwärtigen politischen Lage in der Kammer einzig mögliche Lösung wäre die Bildung einer Konzentrationsregierung, die auf der äußersten Linken die Sozialisten und auf der Rechten die Freunde Marins ausschließen würde.** Wenn Chautemps versuchen würde, diese Konzentration zu bilden, würde er, vorausgesetzt, daß er Erfolg habe, 360 bis 380 Stimmen zusammenbringen können. Es sei jedoch fraglich, ob sich die Linksrepublikaner (Fraktion Tardieu mit 52 Stimmen), die demokratisch-soziale Vereinigung (Fraktion Maginot mit 29 Stimmen) und die katholischen Demokraten mit 18 Stimmen mit der Lostrennung der Gruppe Marin von der bisherigen Mehrheit einverstanden erklären würden.

Nach dem „Matin" soll bereits gestern abend die Fraktion der Linksrepublikaner gegen Chautemps Stellung genommen haben. Wenn sie bei dieser Haltung bleiben, so erklärt das Blatt, werde es für Chautemps schwierig sein, ein Ministerium der republikanischen Konzentration zu bilden, um so mehr, als diese Formel auf Widerstand in Chautemps eigenen Reihen stieße, wie ja die vom erweiterten radikalen Parteivorstand angenommene Tagesordnung beweise.

*

Der erweiterte Vorstand der radikalen Partei hat gestern abend unter dem Vorsitz von Daladiers eine Sitzung abgehalten, um zur Regierungsumbildung Stellung zu nehmen. Daladier betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die neue Mehrheit, die die Regierung gestürzt habe, nur Stimmen der Linken umfasse. Es sei zweifelhaft, daß noch viele andere Republikaner sich dieser Mehrheit anschließen würden. **Die logische Schlußfolgerung aus dieser Abstimmung könne also nur die Bildung einer entschlossen linksgerichteten Regierung sein, in der die radikale Partei einen entscheidenden Einfluß ausüben müsse.** Der Abgeordnete Bergery wandte sich gegen die Beteiligung der Radikalen an der Regierung, falls es sich nur darum handele, die Marin-Leute durch die Radikalen abzulösen. Herriot lehnte es ab, sich zu äußern.

Die vom erweiterten Parteivorstand schließlich angenommene Tagesordnung besagt, **die Möglichkeit einer Linksmehrheit und der Bildung einer Linksregierung erfordere, daß man sich auf ein Aktionsprogramm einige, das die Vertreter der Rechten und ihrer Alliierten ausschließe.** — Diese Tagesordnung wurde vom „Echo de Paris" so gedeutet, daß der erweiterte Parteivorstand die Alternative stelle: entweder eine Regierung des Vertrags der Linken oder überhaupt keine Regierung! Diese Tagesordnung sei der von Chautemps erträumten Konzentration nicht dienlich. Stelle Daladier etwa Chautemps in den Rücken wollen, genau wie er Clémenteel in den Rücken gefallen sei? Selbstverständlich verwahre er sich dagegen. Jedenfalls sei es bezeichnend, daß Chautemps bei der Sitzung des erweiterten Parteivorstandes gefehlt habe.

Die Sowjets lügen weiter

Lächerliche Ausreden

Kowno, 19. Februar.

Die Sowjetregierung versucht, die öffentliche Meinung Europas und Amerikas durch eine neue Erklärung des Metropoliten Sergius zu beruhigen. Wie aus Moskau gemeldet wird, empfing Sergius am Dienstagabend in Moskau die Vertreter der ausländischen Presse und gab ihnen gegenüber eine längere Erklärung über die Lage der Kirche in der Sowjetunion ab. U. a. erklärte er, daß das Verbot des Glockenläutens in Moskau keine besondere Bedeutung für die russische Kirche habe. (!) Auf die Frage eines Pressevertreters, wie sich die Kirche zur Abschaffung des Sonntags in Rußland stelle, erklärte der Metropolit Sergius, daß auch diese Maßnahme der Sowjetregierung keine besondere Bedeutung für die Kirche habe, da diejenigen, die der christlichen Kirche angehörten, sie auch an anderen Tagen besuchen könnten. (!)

Kowno, 18. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde im Gouvernement Tula der Priester Ismailow verhaftet, der nach Mitteilung der russischen Regierung Propaganda gegen die Aufhebung der individuellen Bauernwirtschaften und gegen die Schließung der Kirchen betrieben haben soll. Er wurde von Beamten der OGPU. verhaftet und nach Tula gebracht. Außer ihm wurden noch vier andere Kirchenwürdenträger im Gouvernement Tula verhaftet.

Reval, 18. Februar.

Das deutsch-evangelisch-lutherische Propstkapitel in Estland hat sich in einem Aufruf an alle deutschen Gemeinden des Landes gewandt, wegen der Religionsverfolgungen in Sowjetrußland Gottesdienste abzuhalten und in diesen um Abwendung der drohenden Gefahren für die Glaubensgenossen in Sowjetrußland zu bitten.

*

Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen und der Internationale Verband zur Verteidigung und Förderung des Protestantismus erlassen folgenden Aufruf:

„Leidende Brüder und Schwestern in Rußland!

Wir wissen nicht, wie viele von Euch unser Ruf erreichen **wird. Aber unseres Herzens Drang treibt uns, ihn zu Euch zu** senden. Millionen evangelischer Christen, im Evangelischen Bund und im Internationalen Verband zur Verteidigung und Förderung des Protestantismus vereint, hören mit tiefster Empörung von den unsäglichen Leiden und Verfolgungen, die über Euch hereingebrochen sind von dem dämonischen Ansturm der Mächte der Gottlosigkeit, der gegen alles religiöse Leben und alle Religionsgemeinschaften, insbesondere gegen christlichen Glauben und christliches Bekenntnis blindwütend bei Euch tobt.

Wir bekennen uns zu Euch in dem heißen Gebet, daß Gott der Herr Eurem Leiden ein Ende machen möge, und daß er mit seiner Kraft, seinem Trost und seinem Frieden Euch nahe sei.

Wir bekennen uns zu Euch in tiefster Dankbarkeit für Eure Standhaftigkeit und Treue, die nicht unbelohnt bleiben und hilfebereiten Opferwillen in der gesamten Christenheit wecken wird.

Wir bekennen uns zu Euch in der felsenfesten Gewißheit, daß Gottes Reich bleiben wird trotz aller Verfolgung und Bedrängnis.

Wir bekennen uns zu Euch in der zuversichtlichen Hoffnung, daß auch heute noch das Blut der Märtyrer der Samen der Kirche sein wird.

So grüßen wir Euch in der Verbundenheit des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung: Der Friede des Herrn sei mit Euch!

Berlin-Lund, am Todestage Martin Luthers, 18. Februar 1930."

Federzoni beim Papst

Rom, 19. Februar.

Der Papst hat den Präsidenten des Senats Federzoni in Privataudienz empfangen. Die Audienz dauerte ungefähr vierzig Minuten. Im Anschluß daran stattete Federzoni dem Kardinalstaatssekretär Pacelli einen Besuch ab. — „Tribuna" schreibt dazu, der Besuch Federzonis im Vatikan habe erneut den Nachweis dafür erbracht, wie tief die Aussöhnung gewurzelt sei. Im neuen Leben des faschistischen Staates würden die Auswirkungen dieser Tatsache bald zum Ausdruck kommen.

Ein Zwischenfall

Nach der Mittwoch-Sitzung des zur Beratung des Haager Abkommens eingesetzten Ausschusses ist es im Reichstag zu einem Zusammenstoß zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Freytagh-Loringhoven und dem Reichsminister Dr. Wirth gekommen. Dr. Wirth beklagte sich darüber, daß in den Berichten der Rechtspresse behauptet worden sei, aus dem Ausschuß sei ihm zugerufen worden, er benehme sich wie ein Primaner. Das sei eine gemeine Lüge, da ein derartiger Zuruf gar nicht erfolgt sei. Abgeordneter von Freytagh-Loringhoven erwiderte: „Angesichts Ihres augenblicklichen Benehmens ist dieser Vergleich noch viel zu höflich." Darauf erwiderte Dr. Wirth, der dicht an den Abgeordneten herantrat: „Wagen Sie das noch einmal zu wiederholen!" Abgeordneter von Freytagh-Loringhoven erwiderte, daß er sich nicht einschüchtern lasse, worauf Dr. Wirth erwiderte: „Und Sie wollen ein Universitätsprofessor sein? „Pfui, schämen Sie sich." Nach weiterem heftigen Wortwechsel verließen die Ausschußmitglieder in großer Erregung den Saal.

Ein Teil der Links- und Rechtspresse knüpft an diesen Zwischenfall geschmackvolle Bemerkungen, in denen entweder dem einen oder dem anderen der beteiligten Herren schlechtes Benehmen vorgeworfen wird. Wir möchten uns solcher Bemerkungen enthalten. Wir sehen in dem ganzen Zwischenfall nichts als eine Auswirkung der Nervosität, die die verantwortungsschwere Beratung des Youngplanes bei allen Beteiligten auslöst.

* **Ein schweres Verbrechen** hat sich am Mittwoch in Brandenburg a. d. H. ereignet. Ein ehemaliger Fürsorgezögling verletzte einem neunjährigen Schulknaben in einer abgelegenen Straße einen Messerstich in den Hals. Der Verletzte schwebt in Lebensgefahr. Der Täter ist Donnerstag früh verhaftet worden.

* **Der mexikanische Generalkonsul in Warschau** ist am Mittwoch bei einem Autounglück ums Leben gekommen.

Die Neuwahlen in Japan

Tokio, 19. Februar.

Durch kaiserlichen Erlaß vom 22. Januar sind die Neuwahlen in das japanische Unterhaus auf den 20. Februar festgesetzt worden. Eine sichere Voraussage über den Ausgang der Wahlen läßt sich angesichts der reichlich verwickelten innerpolitischen und wirtschaftlichen Lage nicht machen. Daß das Ansehen der Seiyukai durch die in der letzten Zeit aufgedeckten Bestechungsaffären sehr gelitten hat, kann nicht bezweifelt werden, und obgleich die Partei heftige Vorwürfe gegen die Regierungspolitik der Minseito-Partei richtet, kann sie ihr doch keine unehrenhaften Handlungen nachweisen. Mit großem Interesse sieht man dem Abschneiden der Arbeiterpartei entgegen, die 75 Wahlbewerber aufstellt. Aber auch die Erfolge der Arbeiterpartei werden durch ihre inneren Zwistigkeiten beeinträchtigt werden.

Im aufgelösten Parlament verteilten sich die Abgeordnetensitze wie folgt: Minseito (Regierungspartei) 172; Seiyukai (Opposition) 237; Arbeiterpartei 7; Kakushin-Klub 1; Kokumin-Doshikai 3; Meiseito 3; Unabhängige 20. Die Minseito-Partei hofft 240 Sitze zu erringen. Das endgültige Ergebnis der Wahlen wird am 23. Februar bekannt sein. Sollte die Minseito-Partei die angestrebte Mehrheit erhalten, dann wird die außerordentliche Tagung des Unterhauses zwischen dem 4. April und dem 20. Juni abgehalten werden müssen.

* **Die Byrd-Expedition** ist durch den Dampfer „City of New York", der am Mittwoch die Walfisch-Bai erreicht hat, gerettet worden.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Heiter bis leicht bewölkt, stellenweise neblig oder dunstig. Temperatur-Verhältnisse wenig geändert. Nachts Frost, Tagestemperaturen im Flachlande bis null Grad und örtlich darüber ansteigend. Schwache Luftbewegung aus veränderlicher, vorwiegend nördlicher bis östlicher Richtung.

Ha

Kundgebun

10 Jahre Rei

Aus Anlaß sei
Reichsverban
am Mittwoch, den
vorl. Reichswirtsch
seines Vorsitzende
lichen Kundgebung
sich aus allen Te
suchs erfreute, w
Wissell und der R
Dr. Wirth, der Pre
und der Reichskor
gewerbe, Minister
Vertreter hatten e
rium, das Reichs
sterium und die R
Parlamente waren
der deutschen Wir

Der Vorsitzen
Erschienenen, ins
Presse. An seine
sprachen der Gäst
nen Behörden und
Handwerk und se
Rede des preußisch
ist im Hauptteil v

Sodann erstatt
des, F. Derlie
„10 Jahre Reichsve
bringen nachstehe
Die 10 Jahre seit
Kriegsjahre der W
Hinsicht längere J
der Gesetzgebung,
regelung vieler Fr
Handwerks- und G
dung des Reichsv
betreiben. Der R

Einheitsk

Einer der ersten
Erlangung einer
Reichswirtschaftsr
und wirtschaftlic
wurde die Reichs
Forderung, auf
11. Februar v. J. n
Erledigung der ori
erreicht. Die ganz
aufzurollen sein.
werk eine Einbez
lichen Zwangsver
der Selbständigke
auch nach Kräfter
Beitritt zu den v
rungskassen.

Auf steuerlich
nigtache Mitarbei
Zusammenwirken
werbekammern u
teilhaft auswirkte
der Reichsverband
sehen Handwerks
rufsständischen u
tritt gelassen. Be
drückliche Hervo
sonderen Ausschu

Gegenüber de
verband stets ar
Neutralität
wird er sich auch
gen Berufsständen
gen. Die letzten
wieder erkennen
Handwerk seine
der einzuräumen

Aus der Mar
nen ist dem Reic
geschichtliche Au
die Kräfte zu sa

Der Reichsverbar
ständischen Gesc
verkörpern gesuc
im Verlauf der l
Nach innen wie
wirksam sein kö
Willen zur Mitar
senen Körperscha
brauchen wir un
seine Geltung nic

Dresdner

(mitgeteilt durch
Aktienkurse in Reic

Deutsche Staat

5	D. Wrtb. A. v. 2
4	Anl. D. R. v. 27
5	S. Staats-Anl. 27
6,5	Rust. Sch. 1
6,5	do. 2
5	Landeskultur
	Anl.-Schuld m. Aus.
	do. ohne Aus.
5	Schutzg.-Anl.

Schuldverschr

5	Goldhypoth.	1
	do.	2
6	do.	3
7	do.	4
5	do.	1
5	do.	2
8	Goldkreditbr.	1
7	do.	9
8	do.	10
6	do.	12
8	do.	14
8	do.	16
	Goldhy.	1
6	do.	
7	do.	
8	do.	
8	do.	
6	do.	